

Entlasten statt belasten

Damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und wir gemeinsam neuen Wohlstand schaffen können, dürfen Beschäftigten und Unternehmen keine neuen Belastungen auferlegt werden. Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt belasten.“

- **Entlasten statt belasten.** Gerade nach der Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Aufschwung unserer Wirtschaft entgegen. Wir wollen Beschäftigte und Unternehmen von Steuern und Bürokratie entlasten. Nur so wird in Deutschland mehr produziert, investiert und sichere Arbeitsplätze entstehen.
- **Wachstumseffekte anstoßen.** Besonders für eigentümergeführten Unternehmen gilt: Jeder Steuer-Euro kann nicht in neue Jobs und neue Technologien fließen. Eine aktuelle ifo-Studie zeigt: Steuersenkungen, aber vor allem Abschreibungen haben hohe Wachstumseffekte.
- **Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit stärken.** Wir haben den Menschen versprochen: Der Solidaritätszuschlag wird nur für die Kosten der Deutschen Einheit erhoben. Nun müssen wir das Versprechen einlösen und ihn abschaffen. SPD und GRÜNE wollen den Soli beibehalten. Das ist eine dauerhafte Steuererhöhung.
- **Mehr Wachstum schafft mehr Steuern.** Zur Finanzierung der Steuerentlastungen setzen wir auf Wirtschaftswachstum. So eröffnen wir dem Staat finanzielle Spielräume. Aktuelle Prognosen deuten darauf hin, dass wir mit einem stärkeren Wachstum rechnen können. Das wollen wir mit wachstumsfreundlicher Wirtschaftspolitik fördern.
- **Steuererhöhungen kosten Wohlstand und Arbeitsplätze.** Dies gilt insbesondere für die Vermögensteuer. Nach Schätzung des ifo-Instituts würde das Bruttoinlandsprodukt mit einer Vermögensteuer langfristig um sechs Prozent niedriger ausfallen. Das Institut der deutschen Wirtschaft stellte kürzlich fest: „Keine Steuer ist wirtschaftsfeindlicher.“
- **Die Vermögensteuer zahlen wir alle.** Sie würde nicht nur die „Reichen“, sondern uns alle treffen: Sie würde Hauseigentümer und damit auch Mieter belasten und das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen abziehen und somit Arbeitsplätze für alle gefährden.
- **Das Ehegattensplitting muss bleiben.** SPD und Grüne wollen das Ehegattensplitting abschaffen und so Ehen und Familien belasten. Ehepaare mit einem Bruttoeinkommen zwischen 50.000 und 80.000 Euro zahlen bis zu 2.361 Euro im Jahr mehr. Mit der CDU wird es solche Belastungen nicht geben.
- **Schulden von heute sind die Steuern von morgen.** SPD und Grüne wollen die Schuldenbremse aushebeln und auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben. Diese sollen die hohen Schulden von Rot-Grün zurückzahlen. Das ist unmoralisch. Wir lehnen Änderungen an der Schuldenbremse ab! Wir wollen für unsere Kinder und Enkel die Spielräume vergrößern und ihnen nicht höhere Schulden und Belastungen aufbürden.

Mehr zum Thema:



www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de